

AfD Stadtratsgruppe Nürnberg · Fünferpl. 2 · 90403 Nürnberg

Herrn Oberbürgermeister  
Marcus König  
Rathausplatz 2  
90403 Nürnberg

Ihr Ansprechpartner: Michael Feder

Tel.: 0911 231-39850  
E-Mail: Michael.Feder@AfDBayern.de

Datum: 08.01.2026

## **Herstellung von Transparenz und fairen Wettbewerbsbedingungen bei der Fraktionsfinanzierung – Ende der Sonderregelung zum „Abschmelzen und Anwachsen“ von Zuschüssen**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

das in der Ratsperiode 2020-2026 praktizierte Modell des sukzessiven Abschmelzens und Anwachsens von finanziellen Zuschüssen an Fraktionen, Ausschussgemeinschaften und Gruppen steht im deutlichen Widerspruch zum Prinzip der demokratischen Chancengleichheit. Während das Grundgesetz und die bayerische Gemeindeordnung die Gleichwertigkeit des Mandats betonen, führt eine zeitlich gestreckte Anpassung der Mittel dazu, dass Wahlergebnisse finanziell erst Jahre später wirksam werden.

In der aktuellen Periode führte dies faktisch dazu, dass Fraktionen, die erhebliche Wählerverluste erlitten haben, über Jahre hinweg Ressourcen binden konnten, die ihnen nach dem demokratischen Repräsentationsprinzip nicht mehr zustanden. Gleichzeitig wurde gestärkten Kräften der volle Ressourceneinsatz für ihre politische Arbeit vorenthalten.

Um die Auswirkungen dieses Modells vollumfänglich bewerten zu können und eine rechtssichere Grundlage für die kommende Ratsperiode zu schaffen, stellen wir folgenden

### **Antrag:**

### **Beschluss zur künftigen Regelung:**

Der Stadtrat beschließt, dass sich die Verteilung der finanziellen Mittel an Fraktionen, Ausschussgemeinschaften und Gruppen ab der Ratsperiode 2026-2032 unmittelbar und ohne zeitliche Verzögerung nach der Anzahl der am Wahltag erworbenen Mandate richtet.

- Auf jegliche Form des sukzessiven Anwachsens oder Abschmelzens über die Ratsperiode hinweg wird künftig verzichtet.
- Das Wahlergebnis ist zum Zeitpunkt der Konstituierung des neuen Stadtrats (bzw. zum gesetzlichen Beginn der neuen Periode) unmittelbar auf die Bezuschussung umzulegen.

## **Begründung:**

Die parlamentarische Arbeit erfordert eine personelle und sächliche Ausstattung, die das aktuelle Kräfteverhältnis im Rat widerspiegelt. Wenn eine Fraktion durch den Wählerwillen verkleinert wird, muss sich zwangsläufig auch ihr Apparat zeitnah verkleinern. Eine künstliche Streckung dieser Anpassung über sechs Jahre verzerrt den politischen Wettbewerb und privilegiert etablierte Strukturen zulasten des aktuellen Wählerwillens.

Für eine fundierte Debatte über die künftige Geschäftsordnung ist es unerlässlich, dass die finanziellen Privilegierungen der Vergangenheit offengelegt werden. Nur durch Transparenz über die Mehrkosten dieses „Nürnberger Modells“ kann das Vertrauen in eine faire parlamentarische Arbeit wiederhergestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen,  
Roland Hübscher  
(Stadtrat)

Michael Feder  
(Stadtrat)

Matthias Vogler  
(Stadtrat)

